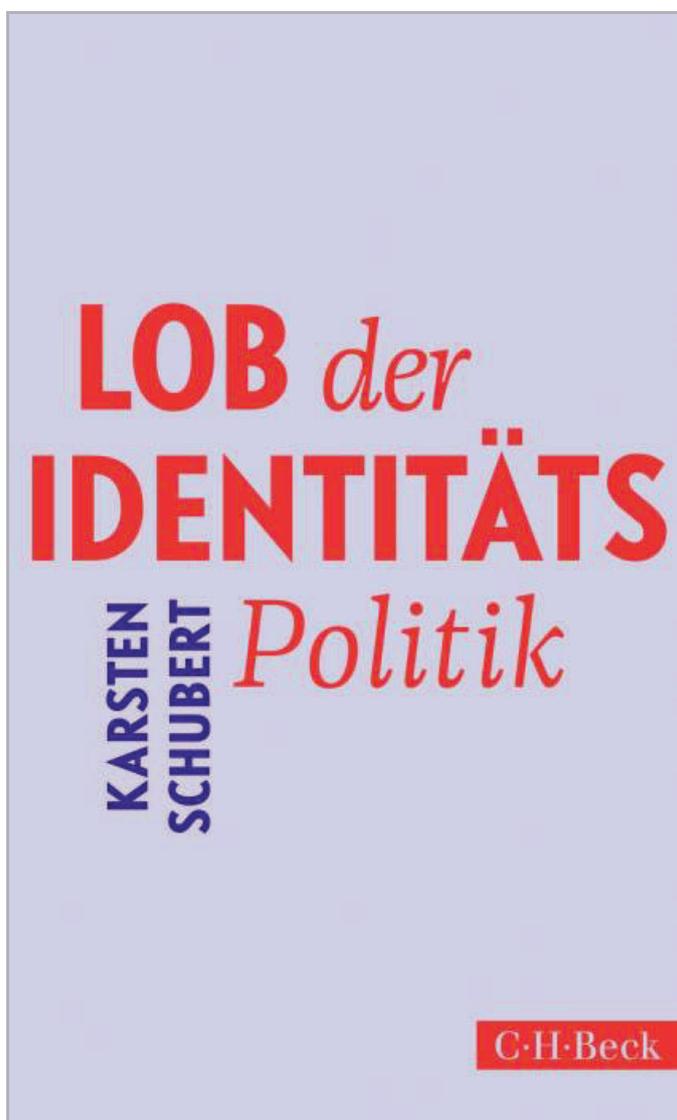


**Unverkäufliche Leseprobe**



**Karsten Schubert**  
**Lob der Identitätspolitik**

2024 223 S.  
ISBN 978-3-406-82340-4

Weitere Informationen finden Sie hier:  
<https://www.chbeck.de/37004679>

**C·H·Beck**

**PAPERBACK**



**Karsten Schubert**

# **Lob der Identitätspolitik**

**C.H.Beck**

Ein Register zu diesem Buch finden Sie im Internet unter  
[www.chbeck.de/schubert-lob-identitaetspolitik](http://www.chbeck.de/schubert-lob-identitaetspolitik)

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2024

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

[www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)

Umschlaggestaltung: [geviert.com](http://geviert.com), Andrea Wirl

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck und Bindung: Pustet, Regensburg

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 82340 4



verantwortungsbewusst produziert

[www.chbeck.de/nachhaltig](http://www.chbeck.de/nachhaltig)

# Inhalt

<b>Einleitung</b>	<b>7</b>
Angewandte Demokratietheorie . . . . .	9
Jenseits der Entmystifizierung . . . . .	14
Ein neues Lob der Identitätspolitik . . . . .	17
<b>1 Eine kleine Einführung in Identitätspolitik,</b>	
<b>Diskriminierung und Demokratie</b>	<b>21</b>
Was ist Identitätspolitik? . . . . .	21
Problem gelöst? Zum heutigen Stand der Liberalisierung . .	27
Diskriminierung in Zahlen . . . . .	29
Die Entwicklung der Demokratie . . . . .	34
Radikale Demokratietheorie . . . . .	37
Michel Foucault und der Streit um Vernunft . . . . .	45
Exkurs: Das Verhältnis von Identitätspolitik und Antisemitismus . . . . .	49
<b>2 Freiheitsverständnisse: Was die Debatte um «Political Correctness» und «Cancel Culture» missversteht</b>	<b>54</b>
Was ist «Political Correctness»? . . . . .	58
Die Rechte und Nietzsche: «Political Correctness» als Sklavenmoral . . . . .	60
Emanzipative Normsetzung und Privilegienkritik . . . . .	67
Drei Freiheitsbegriffe . . . . .	74
Gibt es «Cancel Culture»? . . . . .	83

<b>3 Identitätsverständnisse:</b>	
<b>Die Kreativität des gemeinsamen Protestes</b>	<b>94</b>
Dreifache Spaltung: Schreckgespenst Essentialismus . . . . .	96
Elemente konstruktivistischer Identitätspolitik:	
Im Maschinenraum der politischen Transformation . . . . .	103
Konstruktivistische und regressive Identitätspolitik . . . . .	118
Elitenprojekt? Wieso Identitätspolitik Repräsentant_innen braucht . . . . .	120
<b>4 Universalismus und Partikularismus:</b>	
<b>Das Problem der sozialen Positionen</b>	<b>131</b>
Kritiken am klassischen Universalismus . . . . .	135
Privilegierung von unterdrücktem Wissen . . . . .	139
Die Gefahr einer Überbetonung von Macht und Konflikt . .	145
Partikularistischer Universalismus . . . . .	148
Kontinuierliche Demokratisierung . . . . .	160
<b>5 Progressive und regressive Identitätspolitik</b>	<b>164</b>
Freiheit und Gleichheit . . . . .	168
Selbstreflexive Kritik . . . . .	170
Intersektionale Ausrichtung . . . . .	174
<b>Rück- und Ausblick</b>	<b>179</b>
Mögliche Einwände . . . . .	179
Fortschritt oder Regression? . . . . .	187
Dank . . . . .	189
Quellen- und Lektürehinweise . . . . .	190
Literaturverzeichnis . . . . .	192
Anmerkungen . . . . .	214

## Einleitung

Identitätspolitik polarisiert. Die Diskussionen darüber spalten die öffentliche Debatte genauso wie politische Parteien und die Wissenschaft. Der politische Streit um ›Identität‹ ist in der gesamten westlichen Welt zum Kernthema von neuen Kulturkämpfen geworden, die sich um die Frage drehen, in welche Richtung sich die demokratische Gesellschaft weiterentwickeln sollte. Diese Kämpfe sind daher längst kein reines Feuilleton-Thema mehr, sondern nehmen entscheidenden Einfluss auf Wahlen und Regierungsmacht. Während die konservativen Parteien mit einer klaren Kante gegen Identitätspolitik auf Stimmenfang gehen, ist die Partei *Die Linke* maßgeblich am Streit über Identitätspolitik zerbrochen.

Wem die Demokratie am Herzen liegt, sollte sich deshalb mit den gegen Identitätspolitik vorgebrachten Argumenten ernsthaft auseinandersetzen. Denn in den oft polemisch und aggressiv geführten Debatten um und gegen Identitätspolitik stecken bei genauerem Hinsehen eine Reihe komplizierter und fundamentaler demokratietheoretischer Fragen, die auch aus einer identitätspolitik-freundlichen Perspektive nicht einfach abgetan werden können. Ein Hauptargument, das immer wieder vorgebracht wird, lautet, dass Identitätspolitik die Demokratie gefährde. Und zwar, weil sie den Kern des Demokratischen zersetze.

Dieser Kern wird von verschiedenen Kritiker\_innen allerdings unterschiedlich verstanden. Grob kann man drei verschiedene Strömungen unterscheiden: *Liberale* befürchten, dass Identitätspolitik den freien Diskurs und die individuelle Freiheit gefährde; sie plädieren deshalb für universelle Rechte auf Meinungs- und Kunstfrei-

heit sowie für eine Ethik des herrschaftsfreien Diskurses, die sich an Vernunftprinzipien orientiert. Eine andere Befürchtung lautet, dass Identitätspolitik die demokratische Gemeinschaft spalte und die Solidarität im Volk unterlaufe – ich nenne diese Position *kommunitaristisch*, auch wenn sich heute kaum jemand explizit mit der demokratiethoretischen Schule des Kommunitarismus identifiziert. Und eine genuin linke Kritik an Identitätspolitik argumentiert *materialistisch*, denn ihr geht es darum, dass Identitätspolitik Emanzipationsbewegungen spalte, indem sie die gesellschaftskritische Aufmerksamkeit von kapitalistischer Ausbeutung und ökonomischer Ungleichheit ablenke. Im öffentlichen Diskurs und teilweise auch in der Wissenschaft findet man oft Kombinationen dieser Argumente, so bedienen sich beispielsweise Feddersen und Gessler (2021) aller drei Topoi.

Kritisiert wird Identitätspolitik also meist mit Bezug auf die Demokratie und deren potentielle Gefährdung. Dass Identitätspolitik eine Frage der Demokratie ist, darüber sind sich die meisten Kritiker\_innen der Identitätspolitik also einig – und haben damit auch Recht: Die Debatte um Identitätspolitik ist angewandte öffentliche Demokratietheorie. Deshalb antwortet dieses Buch auch genau auf dieser Ebene und schlägt eine neue Demokratietheorie der Identitätspolitik vor. Dabei geht es um fundamentale Fragen: Was ist eigentlich Demokratie, und welche Rolle spielt soziale Exklusion dabei? Wer ist das demokratische Wir – das ‹Volk› – und wie entwickelt es sich weiter? Wie sollten wir demokratischen Fortschritt verstehen? Und gibt es so etwas wie einen universellen und vernünftigen Standpunkt, von dem aus es möglich wäre, allgemeine Urteile zu fällen, also beispielsweise Fortschritt auf allgemeine Weise und damit für alle zu definieren?

Die Hauptthese dieses Buches lautet, dass Identitätspolitik für die Demokratisierung der Demokratie unverzichtbar ist. Es geht also darum, eine grundsätzlich andere Auffassung von Demokratie und Identitätspolitik zu entwickeln als diejenige, die in den Kritiken artikuliert wird. Diese Auffassung beruht auf einer ganzen Reihe sozialphilosophischer und politiktheoretischer Argumente,

die vor allem aus der radikalen Demokratietheorie und der politischen Epistemologie stammen. In diesem Rahmen wird Demokratie nicht (nur) als das institutionelle und rechtliche Gefüge verstanden, das wir normalerweise mit ihr verbinden, sondern der Akzent liegt in erster Linie darin, Demokratie als einen Prozess der weiteren Demokratisierung durch Herrschaftskritik zu denken. Es geht demnach bei Demokratie immer darum, das demokratische Versprechen – tatsächliche gleiche Freiheit für alle Menschen – weiter zu realisieren. Das heißt, das primäre Anliegen dreht sich um die laufende Demokratisierung der Demokratie.

Das vorliegende Buch bemüht sich darum, das Lob der Identitätspolitik so klar und differenziert wie möglich zu begründen. Dabei wird es nicht alle Leser\_innen überzeugen können, denn man kann auf Grundlage anderer Theorien und anderer empirischer Einschätzungen bei allen Punkten zu anderen Bewertungen kommen. Aber um Überzeugung geht es mir auch nicht in erster Linie. Mein Anliegen ist vor allem, dass wir in eine differenzierte Debatte zur Identitätspolitik und ihrer Bedeutung für die Demokratie kommen. Und trotz des generellen Lobes von Identitätspolitik ist auch klar: Innerhalb von Identitätspolitiken werden viele Fehler gemacht, und dieses Buch ist keine *carte blanche* für alle möglichen Formen des identitätspolitischen Engagements. Ich werde deshalb auch Vorschläge zur Unterscheidung von ‚guter‘ und ‚schlechter‘ Identitätspolitik machen – die komplizierter ist als meist angenommen.

### Angewandte Demokratietheorie

Die Demokratisierung der Demokratie ist nötig, weil die real existierenden demokratischen Institutionen ihren eigenen Maßstäben nicht gerecht werden: Viele Gruppen sind diskriminiert und von ökonomischer, sozialer und politischer Teilhabe ausgeschlossen. Das Volk selbst, das Fundament der Demokratie, ist also unvollständig und ausschließend. Bei demokratischem Fortschritt geht es folglich um seine Ausweitung, das heißt, um gerechtere Teilhabe.

Dies ist der Ausgangspunkt der Überlegungen des Bandes – und eine Position, die selbst Gegenstand der Kulturkämpfe ist. Ich plausibilisiere diese Position deshalb im ersten Kapitel. Ich zeige dort, dass Identitätspolitik auf real existierende Diskriminierungsstrukturen reagiert, die sich empirisch nachweisen lassen, und erläutere mein Verständnis von Demokratie als eine Art des politischen Engagements, das sich gegen solche Diskriminierungen richtet. Denn genau um diese Diskriminierungen geht es bei den aktuellen Kulturkämpfen. Hier steht der Einsatz für mehr soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Inklusion einer immer aggressiver auftretenden Kritik dieser Ansprüche gegenüber. Identitätspolitik beschreibt eine Seite dieser Kämpfe: Sie kann im Sinne der Geschichte des Konzepts und der aktuellen Debatten als eine politische Praxis marginalisierter Gruppen verstanden werden, die sich in Bezug auf eine kollektive Identität gegen ihre Benachteiligung durch Strukturen, Kulturen und Normen der Mehrheitsgesellschaft wehren. Dabei bauen sie auf geteilten Praktiken, Erfahrungen und Interessen auf, indem sie diese zu etwas Gemeinsamen verknüpfen und damit einen Standpunkt entwickeln, von dem aus sie Exklusion und Diskriminierung kritisieren. Thematisch geht es bei heutiger Identitätspolitik insbesondere um Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit und Klassismus.<sup>1</sup> Und es geht immer auch darum, wie diese mit ungerechter Einkommens- und Vermögensverteilung verstrickt sind, denn Diskriminierung korreliert mit größerem Armutsrisiko – und die Armutsrisiken sind in Deutschland sehr groß, insofern die reichsten 1 % der Deutschen etwas über ein Drittel des Gesamtvermögens besitzen und damit mehr als 90 % der Bevölkerung zusammen (Schröder et al. 2020: 515), wobei insbesondere die Tatsache, dass Erbschaften nur sehr gering und Vermögen z. Z. gar nicht besteuert werden, zu dieser Ungleichheit beiträgt. Die Kritik an Identitätspolitik basiert wiederum auf der gegenteiligen Prämisse: Dass Diskriminierung *kein* fundamentales Problem unserer Gesellschaft mehr sei. Ich werde im zweiten Kapitel argumentieren, dass sie darauf hinausläuft, die eigene Vormachtstellung, genauer, die eigenen Privilegien, zu erhalten. Während Privilegienverteidigung

zwar meist nicht das explizite Anliegen der Kritiker\_innen darstellt, so ist sie doch der Effekt des Zurückdrängens von Identitätspolitik.

Identitätspolitik ist notwendig für die Demokratisierung der Demokratie, weil universelle Ansprüche von Gleichheit und Freiheit nur durch identitätspolitische Standpunkte *konkret* formuliert werden können. Dies liegt daran, dass die Ausschlüsse auch ein Problem der politischen Epistemologie sind, das heißt, sie hängen mit den Möglichkeiten und Blockaden von *politisch relevantem Wissen* zusammen. Für die Perspektive der Mehrheitsgesellschaft ist es schwer, strukturelle Diskriminierungen zu erkennen und angemessen zu thematisieren – insbesondere, weil sich diese Mehrheitsperspektive oft so versteht, als würde sie eine universelle Auffassung formulieren, bei der die soziale Position gar keine Rolle spiele. Leichter fällt diese Thematisierung vom partikularen Standpunkt von Personen, die von Diskriminierungen direkt betroffen sind. Das heißt nicht, dass es keine universellen Normen gibt – ich beziehe mich ja selbst auf die universellen demokratischen Normen der Gleichheit und Freiheit –, aber wie genau diese abstrakten Begriffe verstanden und politisch konkretisiert werden, hat *auch* (nicht nur) mit der sozialen Position zu tun, von der ausgehend sie formuliert werden.

Diese These der demokratisierenden Funktion von Identitätspolitik wirft sofort berechnete Fragen auf, die gleichzeitig Hauptthemen der Identitätspolitik-Kritik sind: Führt identitätspolitische Gesellschaftskritik nicht zu Moralisierung und damit zum Aufbau von neuer Herrschaft und Unfreiheit, die im Widerspruch zur Demokratisierung steht? Ist der Identitätsbezug der Identitätspolitik vielleicht sogar im Kern anti-emanzipatorisch, weil dadurch Menschen auf starre Identitäten festgeschrieben werden und andere ausgeschlossen werden? Oder anders gesagt: Verfäht Identitätspolitik nicht essentialisierend? Und folgt aus der Bevorzugung des identitätspolitischen Wissens nicht tatsächlich eine Gefahr für die öffentliche Vernunft und damit für die Demokratie, weil es so mehr darauf anzukommen scheint, *wer* etwas sagt, als *was* gesagt wird? Es sind diese drei Fragen, die in den aktuellen Debatten und Veröffentlichungen zur Identitätspolitik immer wieder diskutiert wer-

den, allerdings mit vielen Missverständnissen, Verzerrungen und Verkürzungen. Ich werde sie deshalb politiktheoretisch diskutieren und damit als wirkliche Probleme der Demokratie ernstnehmen. In meiner Erwiderung auf diese Probleme konturiere und plausibilisiere ich die radikaldemokratische Theorie der Identitätspolitik.

Im zweiten Kapitel geht es um das Problem der Freiheit – genauer: um eine kritische Analyse der Kritik an Identitätspolitik, die dieser vorwirft, Freiheit durch neue ‚Political Correctness‘ generell einzuschränken. Ich versuche zu zeigen, dass hier ein Missverständnis vorliegt, weil man Freiheit nicht so verstehen sollte, wie es in dieser Debatte geschieht. Mit einem überzeugenderen Freiheitsbegriff, der Freiheit als ein Problem von sozialer Normierung interpretiert, zerfällt diese Kritik. Auf dieser Grundlage lässt sich auch zwischen unterschiedlichen Ebenen unterscheiden, auf denen Meinungs- und Kunstfreiheit Einschränkungen erfahren. Ich argumentiere, dass von solchen Einschränkungen nur auf der Ebene der staatlichen Regulierung von Hassrede, nicht aber bezüglich angeblicher ‚Cancel Culture‘ in der öffentlichen Debatte und des allgemeinen Kunstbetriebs gesprochen werden kann, und dass auf einer halb-staatlichen Ebene (öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Kulturförderung) ein neuer Begriff von Neutralität notwendig ist, der gesellschaftliche Diskriminierungen ernst nimmt.

Nach der Kritik des Anti-Identitätspolitik-Diskurses geht es im dritten Kapitel um den Aufbau einer eigenständigen Konzeption der Funktionsweise und Wirkung von Identitätspolitik. Dabei diskutiere ich das Problem des Essentialismus. Immer wieder wird behauptet, dass Identitätspolitik nicht umhinkomme, die Essenz, also das Wesentliche, von Identitäten festzulegen, und dass dies die Wurzel vieler Probleme sei, die mit Identitätspolitik einhergingen. Ich zeige demgegenüber, dass Identitätspolitik ein komplexer *Konstruktionsprozess von Identität* ist. Identitätspolitik erzeugt Identität – und genau deshalb ist sie unverzichtbar. Identitätspolitik ist nötig, um überhaupt die Standpunkte zu erarbeiten, von denen aus Diskriminierung kritisiert werden kann.

Im vierten Kapitel geht es dann um das Verhältnis von Allgemei-

nem und Besonderem, oder philosophisch ausgedrückt: um Universalismus und Partikularismus. Wenn Diskriminierungen nur von identitätspolitischen Standpunkten aus kritisiert werden können, hört sich das so an wie ein «positionaler Fundamentalismus» (Villa Braslavsky 2020: 74), bei dem nur noch die soziale Position zählt, nicht aber die gemeinsame Vernunft. Ich erläutere dagegen, dass der Einbezug von partikularen Standpunkten notwendig ist, um die Vorstellung dessen, was als vernünftig und universell gilt, zu verbessern und zu konkretisieren. Und auch, dass dafür manchmal das ruhige Gespräch nicht ausreicht, sondern Machtmittel wie Protest, «Canceln» oder ziviler Ungehorsam notwendig sind, um der Vernunft auf die Sprünge zu helfen. Wichtig ist dabei, dass sich solche Machtmittel selbst an der universellen Vernunft messen lassen müssen. Empirisch lässt sich entsprechend beobachten, dass sie immer dann zurückgewiesen werden, wenn sie sich nicht diskursiv verteidigen lassen. Damit argumentiere ich für zwei auf den ersten Blick widersprüchliche Thesen: dass die Einbeziehung der sozialen Position unverzichtbar ist und dass es dabei darum geht, starke Objektivität und bessere intersubjektive Verständigung zu erreichen. Diese Thesen entwickle ich auch unter Rückgriff auf neue philosophische Theorien zur sozialen und politischen Dimension von Wissen und Nichtwissen.

Die zentrale These dieses Buches lautet, dass Identitätspolitik *insgesamt* notwendig für die Demokratisierung der Demokratie ist. Das bedeutet natürlich nicht, dass alle einzelnen Praktiken oder Forderungen, die in der öffentlichen Debatte unter das Label der Identitätspolitik subsumiert werden, auch tatsächlich demokratisierend sind. Im Gegenteil, es gibt regressive Tendenzen in der Identitätspolitik, die ich im dritten Kapitel (im Abschnitt «Konstruktivistische und regressive Identitätspolitik») und vierten Kapitel («Universalismus und Partikularismus») einzuordnen versuche. Im letzten Kapitel führe ich diese Überlegungen zusammen, indem ich Maßstäbe vorschlage, an denen sich Identitätspolitiken messen lassen sollten. Und am Schluss diskutiere ich dann noch mögliche Einwände gegen meine Argumente.

Der Ansatz des Buches besteht also darin, die Perspektive auf Identitätspolitik durch die Methoden der politischen Theorie und Sozialphilosophie zu erweitern. Während Identitätspolitik tatsächlich oft missbraucht wird, sollte dies kein Grund für eine Fundamentalkritik (die das Kind mit dem Bade ausschüttet) und eine Rückkehr zu einem platten Universalismus sein, wie sie in den meisten in letzter Zeit erschienenen Büchern zum Thema vertreten wird. Im Gegenteil: Erst wenn anerkannt wird, wie nötig Identitätspolitik für die Demokratisierung der Demokratie ist, kann konkreter und präziser gefragt werden, in welchen Fällen spezifische Identitätspolitiken die demokratischen Normen auch verletzen können.

### Jenseits der Entmystifizierung

Mein politiktheoretischer Ansatz geht auch über die typischen Argumente von progressiven Verteidiger\_innen der Identitätspolitik hinaus. Die verbreitetste Argumentationsstrategie bemüht sich darum, die mit Identitätspolitik verbundene Panikmache bezüglich ›Political Correctness‹ und ›Cancel Culture‹ als einen Mythos zu entlarven (siehe z. B. Wilson 1995; Auer 2002; Erdl 2004; Sparrow 2018). Es geht hier also darum, darauf hinzuweisen, dass es sich bei diesen Phänomenen nicht um reale Probleme, sondern nur um eine konservative «moral panic» handele (Daub 2022: 31). ›Political Correctness‹ und ›Cancel Culture‹ sind demnach nur strategisch eingesetzte Mythen einer konservativen bzw. neurechten Agenda, der es durch geschickte und ständig wiederholte Platzierung gelungen sei, bis weit in den Mainstream und linksliberale Debatten vorzudringen. Es gebe sie aber gar nicht, sondern sie seien nur Konstrukte des konservativen Diskurses.

Die jüngste und detailreichste Version dieser Diskursstrategie findet sich in Adrian Daubs Monographie *Cancel Culture Transfer*, in der er überzeugend darlegt, dass ›Cancel Culture‹ Gegenstand einer *moral panic* ist, die durch Anekdoten funktioniert. Analysiere man die immer wieder kolportierten Cancel-Geschichten genauer,

so würden sie erstens entdramatisiert, weil sich das Geschehen mit zusätzlichen Informationen als banal oder gut nachvollziehbar darstelle und so den Anschein des problematischen Cancellings verliere. Zweitens würde immer wieder eine recht beschauliche Zahl von Cancel-Anekdoten wiederholt, weshalb die Rede von ›Kultur‹ irreführend sei. Es gebe schlicht und einfach nicht die Masse an problematischen Phänomenen, die nötig wäre, damit von einer Gefährdung der Demokratie durch Identitätspolitik und einer ganzen ›Culture‹ die Rede sein könnte. Drittens gebe es auch keine Zunahme der Phänomene; die gleichen aufgeregten Warnungen vor einer neuen demokratiezersetzenden Identitätspolitik habe es unter dem Schlagwort ›Political Correctness‹ schon in den 90ern gegeben. ›Cancel Culture‹ bzw. die Angst davor sei also gar nichts Neues, sondern alter Wein in neuen Schläuchen. Dass es diese konservative Agendarhetorik trotzdem schaffe, eine *moral panic* in der Mehrheitsgesellschaft herbeizuführen, liege also nicht an den tatsächlichen Phänomenen, sondern vielmehr an spezifischen Sorgen und Orientierungslosigkeiten innerhalb der Mehrheitsgesellschaft, die in der *moral panic* einen verzerrten Ausdruck fänden. Dabei geht es nach Daub vor allem um zweierlei: einerseits um eine Ausweitung der legitimen Stimmen im öffentlichen Diskurs, in dem jetzt beispielsweise auch queere und rassifizierte Menschen das Wort ergriffen, was für viele Menschen in der Mehrheitsgesellschaft ein Unbehagen und eine Angst vor einem Machtverlust auslöse. Andererseits verunsicherten die Umbrüche in der Medienlandschaft das Feuilleton, das durch Social Media seine traditionelle politikkulturelle Deutungshoheit verliere, weshalb Identitätspolitik und ›Cancel Culture‹ auch immer dort, aber kaum im Politikteil von Zeitungen verhandelt würden.

Eine sehr gute soziologische Einordnung dieses Unbehagens bietet das Buch *Gekränkte Freiheit*. Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey (2022) zeigen dort, dass das vorherrschende individualistische Freiheitsverständnis zusammen mit der neoliberalen Aushöhlung der sozialen Sicherheits- und Solidaritätssysteme eine Ausgangslage bildet, in der sich insbesondere ehemalige Mitglieder

linksalternativer Milieus zu Querdenker\_innen, AfD-Sympathisant\_innen und Identitätspolitik-Kritiker\_innen entwickeln können.

Diese Argumente sind grundsätzlich richtig: In der Kritik an Identitätspolitik und der damit zusammenhängenden ›Cancel-Culture‹-Panik wird überwiegend mit übertriebener Rhetorik in immer wiederkehrenden Anekdoten dramatisiert. Es spricht empirisch also alles dafür, dass Identitätspolitik kein Problem für die Demokratie darstellt. Doch wer von dieser These nicht schon überzeugt ist, den wird wohl auch Daubs materialreiche Entmystifizierung des Mythos ›Cancel Culture‹ nicht überzeugen. Denn natürlich gibt es Verschiebungen in Machtrelationen, insbesondere im öffentlichen Diskurs – das ist das Ziel von Identitätspolitik, und daran zeigt sich ihr Erfolg. Die geänderten Machtverhältnisse führen dazu, dass mehr Stimmen Gehör finden und nun Aussagen und Verhaltensweisen mit sozialen Sanktionen belegt werden, die früher belohnt wurden. Dies ist für viele Menschen eine tatsächliche Einschränkung von Freiheit, weshalb nicht genügt, das damit verbundene Unbehagen nur als Resultat einer *moral panic* abzutun – vielmehr ist es nötig, darüber zu debattieren, welche spezifischen Freiheits Einschränkungen berechtigt sind, weil sie Freiheit für alle verbessern.

Zu sagen, dass diese Einschränkungen durch ›Political Correctness‹ und damit angeblich verbundene Probleme für die demokratische Kultur nur ein Mythos sind, setzt schon eine Unterscheidung von legitimen und illegitimen Regulierungen des öffentlichen Diskurses und der demokratischen Verfahren voraus. Die bleibt bei der Entmystifizierungsstrategie allerdings implizit. Wenn man beispielsweise im Gegensatz zur quasi gesamten deutschen Medienlandschaft argumentiert, dass es sich beim Ersetzen des Gedichtes von Eugen Gomringer an der Fassade der Alice Salomon Hochschule in Berlin (Der Spiegel 2018) nicht um ›Cancel Culture‹ handle, weil das Gedicht zu Recht als sexistisch kritisiert worden sei und diese Kritik in einem legitimen Verfahren (öffentliche Kritik, öffentlicher Diskurs und eine Entscheidung durch die dazu berechtigten Entscheidungsgremien der Universität) wirksam geworden

sei, basiert das auf substantiellen Annahmen über legitime Kritik, die meist gar nicht expliziert werden. Die Gretchenfrage besteht jedoch darin, wo die Grenze zwischen legitimer und illegitimer Kritik zu ziehen ist – wann wäre es denn problematische ›Cancel Culture‹? – und die lässt sich nicht durch eine Entmystifizierung der Einzelfälle leisten. Dieses Problem findet sich auch in der Monographie Daubs. An keiner Stelle werden die normativen Grundlagen, auf denen die Argumente im Buch implizit basieren, ausgewiesen und gerechtfertigt.

Gleichzeitig ist die Strategie der Entmystifizierung zu zahm, weil sie nur den Status quo verteidigen kann. Wenn das Hauptziel in dem Nachweis liegt, dass es gar keine ›Cancel Culture‹ gibt, dann schließt man sich damit implizit der normativen Position an, dass es sie auch nicht geben sollte. Die Frage, welche Art von Neuregelung des Politischen zur Demokratisierung der Demokratie wünschenswert ist, kann so nicht gestellt werden. Dafür ist eine Explikation der zugrundeliegenden ›Normativität‹ nötig, also der in Anschlag gebrachten Bewertungsmaßstäbe und ihrer Begründungen. Es bedarf einer Erklärung, warum die politische Neuregelung von Machtverhältnissen grundsätzlich notwendig erscheint und welche spezifischen Arten von Regelung legitim und welche illegitim sind. Und dabei helfen die Ressourcen der politischen Theorie, mit denen Exklusion und Diskriminierung durch die real existierende Demokratie analysiert und die Möglichkeiten ihrer Verbesserung und Weiterentwicklung bewertet werden können. Die politische Theorie kann systematisch und normativ einen Vorschlag dazu machen, welche Art von Identitätspolitik für die Demokratisierung der Demokratie notwendig ist.

### Ein neues Lob der Identitätspolitik

Der Streit um Identitätspolitik wird so heftig geführt, weil er sich auch darum dreht, wie wir unsere Gesellschaft und Demokratie grundsätzlich weiterentwickeln wollen. Indem ich diese Dimension

der Diskussionen herausarbeite, die die Demokratie im Allgemeinen betrifft, möchte ich einen Schritt von der Debatte zurücktreten und mithilfe der politischen Theorie ihre begrifflichen Hintergründe genauer beleuchten. Meine Interpretation der Identitätspolitik als notwendig für die Demokratisierung der Demokratie wird wahrscheinlich nicht alle Leser\_innen überzeugen können, aber ich denke, dass ihre politiktheoretische Herleitung zu einem klareren Verständnis des Streits um Identitätspolitik beiträgt.

Das bedeutet: Ich werde die Frage nach dem demokratischen Wert der Identitätspolitik mit einer theoretischen Verallgemeinerung beantworten. Das ist kein Nachteil, sondern genau die Stärke des vorliegenden Buches. Theoretische Verallgemeinerung erlaubt erst die Entwicklung von Begriffen, mit denen eine angemessenere Interpretation der politischen Gegenwart möglich wird. Und dieser Rahmen kann genutzt werden, um konkrete Situationen neu zu bewerten und politische Strategien zur Demokratisierung zu entwickeln. Ich werde dabei immer wieder Beispiele anführen – vor allem solche, die viel diskutiert wurden, um meine Position zu illustrieren.

Doch eine zentrale Erkenntnis der radikaldemokratischen Perspektive geht über die Bewertung von Einzelfällen hinaus. Sie lautet, dass Identitätspolitik ein nicht bloß vorübergehendes, sondern ein *notwendiges* Element der Demokratie ist – und zwar einerseits, weil demokratische Institutionen immer wieder neue Ausschlüsse und Diskriminierungen produzieren, und andererseits, weil solche Ausschlüsse auch von Identitätspolitiken selbst hervorgebracht werden können. Auch wenn einzelne identitätspolitische Projekte darin erfolgreich sind, Diskriminierungen zu beenden, entstehen üblicherweise neue Diskriminierungsdynamiken – auf die wiederum identitätspolitisch reagiert wird. Ein Beispiel ist die rassistische Diskriminierung von Iren in den USA des 19. Jh., die damals nicht als Weiß galten. Durch Identitätspolitik (auch wenn es damals nicht so genannt wurde) überwandene sie diese Diskriminierung und waren in der Lage, sich selbst als Weiße zu positionieren. Diese Akzeptanz als Weiße erlangten sie allerdings auch durch die Unterdrückung

anderer: Sie distanzieren sich selbst rassistisch von Schwarzen (Ignatiev 1995). Auch innerhalb von Identitätspolitiken kann es also Diskriminierungen geben – beispielsweise gibt es im Feminismus eine lange Diskussion darüber, dass dieser zu stark von der Position Weißer bürgerlicher Frauen ausgehe und deshalb die Interessen von rassistisch diskriminierten Frauen vernachlässige (hooks 1982; Mohanty 1988). Ich werde argumentieren, dass sich *demokratische* Identitätspolitik dadurch auszeichnet, solche selbstproduzierten Diskriminierungen zu reflektieren und darauf zu reagieren. Ich verstehe identitätspolitische Demokratisierung deshalb als einen im Prinzip nicht endenden Prozess, bei dem immer neue komplizierte Fragen der Diskriminierung eröffnet werden, die von der jeweils aktuellen mehrheitsgesellschaftlichen Position nicht gut verstanden werden können. Streit über Einzelfälle ist also vorprogrammiert – sowohl in der öffentlichen Diskussion über Identitätspolitik als auch in den Diskussionen innerhalb identitätspolitischer Gruppen. Solcher Streit ist sogar notwendig. Und das ist auch gut so.

Die Theorie reflektiert so auch ihre eigene Grenze: Sie kann nach diesen Prämissen gar kein festes Schema für die allgemeine Bewertung von konkreten Fällen entwickeln, weil insbesondere kommende Fälle immer umstritten sind. Entsprechend zurückhaltend sind meine Überlegungen zu den Maßstäben für gute Identitätspolitik. Diese Maßstäbe haben deshalb eher einen heuristischen Charakter: Sie sollen dabei helfen, demokratisierende Identitätspolitik von repressiven Spielarten zu unterscheiden. Zentral für die Interpretation der Gegenwart ist aber weniger, wie eindeutig sich bestimmte Identitätspolitiken bewerten lassen, als das Verständnis, das durch das Vokabular der politischen Theorie über das grundsätzliche Verhältnis von Identitätspolitik und Demokratie gewonnen wird. Die Welt komplizierter und zugleich verständlicher zu machen – das ist die große Stärke der Theorie.

---

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: [www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)